

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
09/2012*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Anbei sende ich Euch wie gewohnt die neuesten Informationen aus Klub und Parlament.

Die Themen der 169. Plenarsitzung waren unter anderem die Bundesheerreform, die aktuelle Situation in der Eurozone und die Fortsetzung des Untersuchungsausschuss.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!
Der Infoletter ist zudem auf meiner Webseite www.christine-muttonen.at abrufbar.

Christine



Plenum, 19.07.2012

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 19. September trat der Nationalrat zu einer Plenarsitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Aktuelle Stunde der SPÖ „Mehr Profis, mehr Sicherheit – Österreich braucht ein Berufsheer“ und eine Aktuelle Europastunde der FPÖ. In der Folge wurde der neue Staatssekretär Reinhold Lopatka im Plenum des Nationalrates vorgestellt. Ebenfalls diskutiert wurde die Zukunft des Untersuchungsausschusses, der nach längerer Debatte und Verhandlungen mit der Opposition bis 16. Oktober verlängert wurde.

Die Plenarsitzung startete mit einer **Aktuellen Stunde** der SPÖ zum Thema „**Mehr Profis, mehr Sicherheit – Österreich braucht ein Berufsheer**“. **Verteidigungsminister Norbert Darabos** betonte, dass ein **Maximum an Sicherheit Profis** erfordere. Der Minister plädierte dafür, ganz sachlich von den **neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen** auszugehen und nach Lösungen zu suchen, wie den aktuellen Gefahren bestmöglich begegnet werden kann. Heute sind internationaler Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das Scheitern von Staaten oder Cyberattacks sicherheitspolitische Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Das geht nach Meinung der SPÖ nur mit einem **modernen Profiheer**.

Um auf diese neuen Bedrohungsszenarien angemessen reagieren zu können, haben mittlerweile **21 von 27 EU-Staaten ein Profiheer**. Das derzeitige System der Wehrpflicht weist unzählige Probleme auf. **60 Prozent des Personals** werden nicht im militärischen Betrieb, sondern beispielsweise als Köche und Kellner eingesetzt.

Der Verteidigungsminister will **bestens ausgebildete Spitzenkräfte** in anspruchsvollen Funktionen. Sein **Modell** sieht 8.500 Berufssoldaten und -soldatinnen, 7.000 Zeitsoldaten und -soldatinnen, 9.300 Profimilizsoldaten und -soldatinnen und eine Mobilmachungsstärke von 55.000 Personen vor. Damit kann Österreich den aktuellen Herausforderungen treffsicher begegnen und das Österreichische Bundesheer alle Aufgaben, die es zu leisten hat, hervorragend erfüllen. Das Modell garantiert, dass 12.500 Soldaten und Soldatinnen im Katastrophenfall bereitgestellt werden können und 1.100 Soldatinnen und Soldaten für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen.

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** plädierte für ein **Berufsheer** und bekräftigte, dass das Ergebnis der **Volksbefragung am 20. Jänner** verpflichtend umgesetzt werden muss. Generell plädierte Cap für den **Einsatz von Profis** – beim Bundesheer, im Katastrophenschutz, bei Auslandseinsätzen. Professionalität ist entscheidend für die Wirksamkeit eines Einsatzes. Wir dürfen unsere SoldatInnen keinen Risiken durch mangelnde Ausrüstung und mangelnde Ausbildung aussetzen. Auf Grund der aktuellen Bedrohungsbilder brauchen wir **hochtechnisierte SpezialistInnen**, wenn das Bundesheer wirklich konkurrenzfähig sein will.

Es folgte die **Aktuelle Europastunde** der FPÖ zur **Stabilisierung der Eurozone**. Hier forderte **Bundeskanzler Werner Faymann**, den **Schutz der gemeinsamen Währung** nicht aus parteipolitischem Kalkül aufs Spiel zu setzen. Österreich profitiert von der derzeit stabileren Position der Eurozone durch einen **Rekordstand an Beschäftigten, geringe Arbeitslosigkeit** und eine **hohe Exportrate**. Dies ist nur möglich, wenn die Kaufkraft in ganz Europa erhalten bleibt. Die Entscheidung, dass Europa eine gemeinsame Währung hat und diese auch gemeinsam verteidigt, hat für Österreich ganz **reale positive Auswirkungen**, wenn man sich etwa die **Zinsentwicklung** der österreichischen Staatsanleihen ansieht. Mit **2,08 Prozent** für unsere zehnjährigen Anleihen verzeichnen wir derzeit einen **Rekordtiefststand**. Es hat schon Zeiten gegeben, in denen Österreich vier Prozent oder deutlich mehr zahlen musste. Bei einer Hochrechnung auf 15 Jahre bedeutet ein einziger Prozentpunkt eine **jährliche Ersparnis von zwei Milliarden Euro**. Das stabilisiert die Situation in Österreich, in Deutschland und anderen Ländern. Mit diesem Geld können wir Pensionen bezahlen, Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit setzen, die Wirtschaft ankurbeln und sinnvoll investieren. In der Folge wurde **Reinhold Lopatka** dem Plenum des Nationalrates als neuer Staatssekretär vorgestellt.

Am Nachmittag stand eine von den Grünen eingebrachte **Dringliche Anfrage** betreffend „**Inseraten-Affäre Faymann**“ auf der Tagesordnung. Bundeskanzler Werner Faymann verwies auf vorliegende Aussagen und Gutachten, die die **korrekte Vorgangsweise bei der Inseratenvergabe** eindeutig belegen, und wies alle Anschuldigungen und Vorverurteilungen zurück. Sämtliche Entscheidungen wurden im Einklang mit dem geltenden Aktienrecht getroffen. Der Bundeskanzler betonte die **Bedeutung von Werbeeinschaltungen** auch für die Privatwirtschaft. Insgesamt wurden 2011 in Österreich Inserate im Wert von 3,8 Milliarden Euro geschaltet, weitaus überwiegend von Privaten. Daher müsse es auch der Politik und öffentlichen Unternehmen möglich sein, für ihre Aktivitäten, Investitionen und Vorhaben zu werben.

Den ganzen Tag spielte die **Fortsetzung des Untersuchungsausschusses** in den Wortmeldungen eine wichtige Rolle. Die Regierungsparteien hatten dabei bereits in der Früh den Oppositionsparteien einen Antrag übermittelt, der eine **sachliche, zügige und effiziente Fortsetzung der Arbeit des Korruptionsuntersuchungsausschusses** gewährleisten hätte können. Dieser Antrag, der auf einem 4-Parteien-Antrag vom 31. August basierte, sah einen Zeitplan, eine Liste von Auskunftspersonen – inklusive Regierungsmitglieder – und eine Einstellung von für die weitere Arbeit des Ausschusses nicht mehr notwendigen Aktenlieferungen vor. Nach langen Verhandlungen mit der Opposition gelang es, den Antrag in seinen Grundzügen einstimmig zu beschließen. Der **Untersuchungsausschuss** wird nun **bis 16. Oktober fortgesetzt**. Vorgesehen sind noch **acht Sitzungen**, in denen unter anderem Staatssekretär Josef Ostermayer und Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich zum Inzeratekomplex befragt werden. Als neuer **Vorsitzender** wurde der freiheitliche Fraktionsvorsitzende Walter Rosenkranz gewählt.

Parlamentsreden

Rede anlässlich der Ernennung des neuen außenpolitischen Staatssekretärs, Dr. Reinhold Lopatka

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über Europa haben wir schon sehr ausführlich debattiert, und ich begrüße es natürlich sehr, Herr Staatssekretär, wenn Sie das Projekt Europa vermehrt bewerben möchten. Aber ich glaube, die Frage, die sich stellt, ist nicht Europa ja oder nein, sondern die Frage, wie Europa ausschauen soll und welches Europa wir wollen. Wollen wir der Wirtschaft und den Banken zuspähen, oder schaffen wir es, die sozialen Errungenschaften unserer Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Auch außenpolitisch steht Europa vor großen Herausforderungen, die Umbrüche im arabischen Raum, der Krieg in Syrien, der schwelende Atomkonflikt zwischen Iran und Israel stellen uns vor enorme sicherheitspolitische Fragen und Aufgaben. Länder wie Tunesien, Ägypten, aber auch Libyen haben in den letzten Monaten wichtige Schritte hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unternommen. Das sind sehr positive Entwicklungen. Die jüngsten Ereignisse zeigen aber auch, wie fragil und explosiv die sicherheitspolitische Lage dort ist, also ein ideales Umfeld für Organisationen, die Gewalt schüren und auch die Länder weiter destabilisieren wollen. Unsere Antwort auf diese Gewaltausbrüche kann nur die konsequente Weiterverfolgung der Unterstützungsmaßnahmen unserer arabischen Partner bei den Demokratisierungsprozessen sein, denn Scheitern oder Gelingen dieser Prozesse sind auch für unsere Sicherheit von essentieller Bedeutung.

Die Nordafrikapolitik der EU ist nicht alleinige Angelegenheit der Franzosen und Italiener, wie Sie in einem Interview gesagt haben. Ich glaube, Österreich genießt durch seine Neutralität sehr viel Vertrauen im arabischen Raum. Diese Neutralität, die keineswegs obsolet ist, und die Tatsache, dass wir in dieser Region nie Kolonialmacht gewesen sind, das sind Qualitäten, die im arabischen Raum anerkannt werden und die Frankreich und Italien beispielsweise nicht besitzen. Da können wir unsere Neutralität auch wirklich aktiv, im Sinne einer gesamteuropäischen Sicherheitsstrategie, gegenüber dem arabischen Raum nutzen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und hoffe auf gute Zusammenarbeit. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen unterstützt nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen](#)
(23.08.2012)

[Muttonen : Datensicherheit bei elektronischen Signaturen und Identitäten sicherstellen](#)
(04.09.2012)

[Muttonen begrüßt deutsche ESM-Entscheidung](#) (12.09.2012)

[Nationalrat - Muttonen : Für ein Europa, in dem soziale Errungenschaften im Vordergrund stehen](#) (19.09.2012)

Kinder aus Westsahara zu Besuch in Kärnten

Mitte August waren 10 westsaharaische Kinder für eine Woche zu Besuch in Kärnten. Die Kinder stammen aus den algerischen Flüchtlingslagern, in denen sie mit ihren Familien aufgrund der marokkanischen Besetzung der Westsahara leben. Schwimmen, Bootfahren und Spielen standen auf dem Programm und ließen die Kinder für eine kurze Zeit die schweren Lebensumstände in den Flüchtlingslagern vergessen. Besonders begeistert waren die kleinen Gäste von der grünen Landschaft in Kärnten und auch von den für sie ungewöhnlichen Regenschauern. Ermöglicht wurde das unver-



gessen wurde das unver-

gessliche Urlaubserlebnis der Kinder durch Karin Scheele. Die niederösterreichische SP-Landesrätin und Vorsitzende der Österreichisch-Saharaischen Gesellschaft organisiert bereits seit 20 Jahren Aufenthalte in Österreich, bei denen sich westsaharaische Kinder von den kriegerischen Zuständen in ihrer Heimat erholen können. Dabei stehen neben den spannenden und erlebnisreichen Aufenthalten in Kärnten, Niederösterreich und Wien auch eine gründliche ärztliche Untersuchung auf dem Programm. Dass wirklich jedes Jahr ein so abwechslungsreiches Programm auf die Beine gestellt werden kann, ist auch den vielen Unterstützern und Spendern zu verdanken, wie z.B. der Schauspielerin, Sängerin und Buchautorin Erika Pluhar (Foto), die sich ebenfalls bereits seit vielen Jahren aktiv für die Westsahara engagiert.

Der bewaffnete Konflikt in der Westsahara besteht seit mittlerweile über 30 Jahren. Marokko hält das Land seit dem Ende der 70er Jahre illegal und völkerrechtswidrig besetzt und beutet dessen Rohstoffe aus. Die saharaische Bevölkerung ist größtenteils ins Exil geflohen und lebt seither in Flüchtlingslagern in der algerischen Wüste. Österreich bemüht sich innerhalb der UN gemeinsam mit anderen Staaten um eine friedliche Lösung des Konflikts. Auch im Nationalrat versuchen wir die Situation in der Westsahara regelmäßig zu thematisieren, um ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen, zuletzt durch einen von mir initiierten [Antrag](#) vom Juni 2012.

Internationale Konferenz für eine atomwaffenfreie Welt



Vom 27. – 30. August 2012 fand in der kasachischen Hauptstadt Astana das internationale Forum – "Vom Atomteststopp zu einer atomwaffenfreien Welt" statt. Veranstaltet vom kasachischen Parlament und organisiert vom Parlamentarischen Netzwerk für nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung (PNND) bot das Forum Abgeordneten und Fachexperten aus aller Welt die Gelegenheit untereinander Erfahrungen

und Konzepte in ihrer Arbeit für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen auszutauschen. In meiner [Rede](#) vor den Teilnehmern habe ich die sehr atomkritische Politik Österreichs vorgestellt und darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, Sicherheitspolitik heute nicht mehr als Territorialverteidigung sondern als Schutz der Menschen und ihrer Rechte zu verstehen. Gemeinsame Sicherheitsinstitutionen wie die OSZE oder die UN, die auf Kooperation und Zusammenarbeit anstatt auf Abschreckung gründen, müssen von den Staaten stärker gefördert werden. Außerdem müssen die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen und NGOs in der Sicherheitspolitik erheblich verbessert werden.

Zur Einstimmung auf das dreitägige Forum haben wir am ersten Tag das ehemalige Atombombentestgelände in Semipalatinsk besucht, auf dem von 1949 bis 1989 insgesamt 456 Atombombentests mit einer Gesamtsprengkraft von 1000 Hiroshimabomben durchgeführt wurden. An den Folgen dieser Tests leiden die Natur und die Menschen der Umgebung noch heute.

Kasachstan ist in der Frage der nuklearen Abrüstung seit zwei Jahrzehnten stark engagiert. 1991 schloss es das sowjetische Atomwaffentestgelände und veranlasste den Abzug von 1500 Atomwaffen, die nach dem Zusammenbruch der UdSSR auf seinem Staatsgebiet stationiert waren. Später handelte die kasachische Regierung mit seinen Nachbarn die Errichtung einer Atomwaffenfreien Zone in Zentralasien aus und förderte die UN-Resolution durch die der Internationale Tag für die Beendigung von Atomtests eingeführt wurde. Im letzten Jahr veranstaltete Astana erstmals ein internationales Forum mit dem Thema "Für eine atomwaffenfreie Welt", auf der die Teilnehmer die [Erklärung von Astana für eine atomwaffenfreie Welt](#) verabschiedeten.



Europaratsausschuss behandelt Demokratiedefizite in Europa



Vom 09. bis zum 11. September war ich als SPÖ-Delegierte beim Europarats-Ausschuss für Politik und Demokratie in Helsinki. Hauptthemen sowohl beim Vorbereitungstreffen der sozialdemokratischen Delegierten als auch in den folgenden Ausschusssitzungen waren die demokratischen und menschenrechtlichen Defizite sowie der zunehmende Nationalismus in Europa.

Während die frühere Außenministerin und Staatspräsidentin Tarja Halonen in ihrem Eingangsreferat betonte, dass es leider auch in Europa noch immer gravierende Benachteiligungen von Frauen und ethnischen Minderheiten gibt, gingen der finnische Parlamentspräsident Eero Heinäluoma und der finnische Außenminister Erkki Tuomioja in ihren Gastbeiträgen auf die Eurokrise und die demokratischen Strukturen

der EU ein. Parlamentspräsident Heinäluoma hob hervor, dass in schwierigen Zeiten das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Strukturen unser wichtigstes Gut sei, das nicht verspielt werden dürfe. Es sei daher sehr wichtig, dass unsere demokratischen Institutionen einwandfrei funktionieren und gemeinsam getroffene Regeln auch eingehalten werden. Außenminister Tuomioja mahnte, dass neben den notwendigen Wirtschafts-, Haushalts- und Finanzreformen, die weitergehende Demokratisierung der EU auf keinen Fall zu kurz kommen darf.

Im Anschluss diskutierte der Ausschuss unter anderem über zwei wichtige Berichte der Delegierten Jean-Charles Gardetto und Pietro Marcenaro, die sich ebenfalls mit dem Zustand von Demokratie und Menschenrechten in Europa befassen. Der Bericht von Jean-Charles Gardetto stellt fest, dass es in einer ganzen Anzahl von Mitgliedstaaten zu ernststen Regelverstößen im Vorfeld und während der Durchführung demokratischer Wahlen kommt. Unter anderem werden Undurchsichtigkeit von Wahlkampf- und Parteispenden und die Einschüchterung von KandidatInnen kritisiert. Der Bericht liefert zudem wichtige Vorschläge, wie Partizipation, Transparenz und Kontrollmöglichkeiten bei zukünftigen Wahlen verbessert werden können. Der Bericht von Pietro Marcenaro geht auf die Bedeutung wichtiger Werte, wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Außenpolitik europäischer Staaten ein und bemängelt, dass diese Werte im Umgang mit anderen Ländern allzu häufig ökonomischen und geopolitischen Interessen geopfert werden.

Liebe FreundInnen - zum Abschluss noch etwas zum Schmunzeln:

[Ein Dramolette des aus Kärnten stammenden Schriftstellers Antonio Fian, erschienen auf den Seiten des Standard am 24. August 2012.](#)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at